

„... we must embark on a bold new program for making the benefits of our scientific advances and industrial progress available for the improvement and growth of underdeveloped areas. More than half the people of the world are living in conditions approaching misery. Their food is inadequate. They are victims of disease. Their economic life is primitive and stagnant. Their poverty is a handicap and a threat both to them and to more prosperous areas. For the first time in history, humanity possesses the knowledge and skill to relieve the suffering of these people.“

Aus der Antrittsrede des US-Präsidenten Harry S. Truman am 20. Januar 1949

Früher Aufruf zum entwicklungspolitischen Handeln

Entwicklungspolitik:

Unter Entwicklungspolitik versteht man Konzepte, Strategien und Programme von Staaten oder internationalen Organisationen, mit denen die wirtschaftlichen, sozialen und politischen Defizite in Entwicklungsländern verbessert werden sollen.

Entwicklungszusammenarbeit:

Entwicklungszusammenarbeit ist der praktische Teil der Entwicklungspolitik; im engeren Sinne versteht man darunter die Summe der Maßnahmen zur konkreten Umsetzung der entwicklungspolitischen Ziele; der Begriff Entwicklungszusammenarbeit ersetzt den früher häufig verwendeten Terminus Entwicklungshilfe, da dieser Begriff suggeriert, dass es sich bei der Hilfe um Almosen der Industrieländer an die Entwicklungsländer handle.

Entwicklungspolitik im Wandel

Der obige Textauszug gilt allgemein als „Gründungsdokument“ der internationalen → **Entwicklungspolitik**. Seit etwa diesem Zeitpunkt nämlich wird sie betrieben – mit z.T. beachtlichen Erfolgen, aber auch vielen Rückschlägen. In der Summe haben sich die Lebensumstände von Millionen von Menschen zweifelsfrei verbessert. So ist der Anteil der extrem Armen an der Bevölkerung der Entwicklungsländer seit Mitte des vergangenen Jahrhunderts von ca. 35% auf ca. 20% gesunken, die durchschnittliche Lebenserwartung ist von ca. 40 Jahren auf über 60 Jahre gestiegen und die Kindersterblichkeitsrate hat sich mehr als halbiert.

Diese beachtlichen Erfolge müssen aber relativiert werden. So hat die absolute Zahl der Armen nicht abgenommen, sie ist sogar auf 1,2 Mrd. gestiegen; die durchschnittliche Lebenserwartung in einigen afrikanischen Ländern liegt bei nur 40 Jahren – im Vergleich zu 78 Jahren in den Industrieländern – und täglich sterben immer noch mehr als 30000 Kinder an vermeidbaren Krankheiten.

Bilanz der menschlichen Entwicklung

	1960	2000
Nicht ausreichend Ernährte (% der Weltbevölkerung)	27	13
Lebenserwartung bei Geburt in den Entwicklungsländern (Jahre)	40	63
Kindersterblichkeit unter 5 Jahren in den Entwicklungsländern (pro 1000 Lebendgeburten)	305	89
Lese- und Schreibkundige über 15 Jahre in den den Entwicklungsländern (% der Bevölkerung)	62	72

Nach Deutsche Gesellschaft für die Vereinten Nationen (Hrsg.): Bericht über die menschliche Entwicklung. Bonn: UNO-Verlag, verschiedene Jahrgänge

Angesichts der nach wie vor erheblichen Entwicklungsdefizite ist verständlich, warum sich an der Entwicklungspolitik immer noch die Geister scheiden. Einige Kritiker sehen sie als „Fass ohne Boden“ und lehnen sie grundsätzlich ab, ja sie behaupten sogar, dass die bisherigen internationalen entwicklungspolitischen Maßnahmen mehr Schaden angerichtet hätten als dass sie von Nutzen gewesen seien. Andere wiederum verweisen auf die statistischen Erfolge und sehen in der Entwicklungspolitik eine „Notwendigkeit für den Erhalt der Erde“.

Zur Erklärung dieser kontroversen Positionen und zum Verständnis, warum die Entwicklungspolitik bislang vielfach nicht die in sie gesetzten Hoffnungen erfüllt hat, ist es notwendig, einen Rückblick auf die Praxis der bisherigen entwicklungspolitischen Zusammenarbeit zwischen Industrie- und Entwicklungsländern zu werfen.

Leitbild „Nachholende Entwicklung“ (1960er Jahre)

Vor 1960 war die Entwicklungspolitik vor allem ein außenpolitisches Instrument: „Entwicklungshilfe“ wurde von den Industrieländern vorrangig geleistet, um die nach der Dekolonialisierung schnell wachsende Zahl unabhängiger Länder der → „**Dritten Welt**“ als Bündnispartner im Kalten Krieg zu gewinnen. Erst nachdem sich auf der → **Welthandelskonferenz** (UNCTAD) 1964 eine Gruppe von 77 blockfreien Ländern zur so genannten → **Gruppe 77** zusammenschloss, um ihre Position auf dem Weltmarkt zu verbessern, kam es zu einem deutlichen Perspektivenwechsel in der Entwicklungspolitik.

Unter „Entwicklung“ verstand man nun primär wirtschaftliches Wachstum. Erklärtes Ziel der Entwicklungspolitik war es, die Entwicklungsländer möglichst schnell an den Stand der Industrieländer heranzuführen – und zwar vor allem durch den Aufbau einer modernen Industrie und Infrastruktur bei gleichzeitiger Durchführung von → **Agrarreformen** bzw. einer Modernisierung der Landwirtschaft. Das Konzept der „Nachholenden Entwicklung“ beruhte auf der Annahme, dass „Unterentwicklung“ primär auf Kapitalmangel beruhe und dass genügend Kapital (u. a. in Form finanzieller Entwicklungshilfe) zu Wachstum und Entwicklung führe.

Ganz im Sinne der → **Modernisierungstheorie** erwartete man von einem starken Wachstum der Wirtschaft und einer modernisierten → **Infrastruktur** auch eine Verbesserung der gesamten Lebensverhältnisse der Bevölkerung. Genügend Wachstum, so die Meinung der Entwicklungspolitiker, würde in rückständige Regionen und Sektoren „durchsickern“ und schließlich auch die ärmeren Bevölkerungsschichten erreichen (→ **Trickle-Down-Effekt**).

Wachstum ohne Entwicklung

„Wirtschaftliches Wachstum, so stellte sich [aber] heraus, lässt sich eben nur in begrenztem Maße von außen beeinflussen und schon gar nicht „verordnen“. Es ist vielmehr stark an entwicklungsfreundliche Bedingungen und Eigenanstrengungen im Lande selbst gebunden. Die Erwartungen, die man in die modernisierungsorientierte Entwicklungsstrategie gesetzt hatte, wurden also nur zum Teil erfüllt: Einerseits blieb der erwartete Durchsicker-effekt von Einkommensverbesserungen nach unten, zur Masse der Bevölkerung, in den meisten Entwicklungsländern aus; Nutznießer blieben vorwiegend die politischen und wirtschaftlichen Eliten. Andererseits entstand wirtschaftliches Wachstum regional uneinheitlich; in manchen Ländern, vor allem in den ärmsten, blieben Erfolge ganz aus, oder es kam gar zur Ausdehnung von Armut.“

Karl Engelhard: Welt im Wandel. Grevenbroich/Stuttgart: OMNIA 2004, S. 14

Pearson-Bericht (1969):

Untersuchung einer von der Weltbank einberufenen Expertengruppe unter Leitung des kanadischen Friedensnobelpreisträgers Lester B. Pearson über die Resultate von „20 Jahren Entwicklungshilfe“. Die Kommission entwarf ein – trotz kritischer Einzelpunkte – insgesamt optimistisches Bild und empfahl eine Reihe von Maßnahmen, die zum größeren Teil dem Leitbild der „Nachholenden Entwicklung“ verhaftet waren.

Leitbild „Befriedigung der Grundbedürfnisse“ (1970er und 1980er Jahre)

Cocoyoc-Erklärung:

Eine auf dem UNCTAD-Symposium in Cocoyoc (Mexiko) im Jahre 1974 abgegebene Erklärung, die eine Neuorientierung der Entwicklungspolitik im Sinne der Befriedigung der Grundbedürfnisse einleitete.

Kehrtwende in der Entwicklungspolitik

„Als Erstes müssen wir überhaupt Ziel und Zweck von Entwicklung definieren. Es kann sich nur darum handeln, den Menschen, nicht die Dinge zu entwickeln. Menschen haben bestimmte Grundbedürfnisse: Nahrung, Unterkunft, Kleidung, Gesundheit und Bildung. Jeder Wachstumsvorgang, der nicht zur Befriedigung dieser Bedürfnisse führt – oder sogar störend eingreift – ist eine Verkehrung des Entwicklungsgedankens.

Hauptziel des wirtschaftlichen Wachstums sollte es sein, die Verbesserung der Lebensbedingungen dieser Gruppe sicherzustellen. Ein Wachstumsprozess, der nur der wohlhabenden Minderheit nutzt und die Gefälle zwischen den Ländern und innerhalb der Länder noch vergrößert, ist keine Entwicklung. Es handelt sich vielmehr um Ausbeutung ...

Wir sind nach 30 Jahren der Erfahrung der Meinung, dass die Hoffnung, dass schnelles wirtschaftliches Wachstum ... zur Masse des Volkes „durchsickern“ wird, sich als illusorisch erwiesen hat. Deshalb verwerfen wir den Gedanken: Erst Wachstum – Gerechtigkeit bei der Verteilung des Nutzens später.“

Auszug aus der Erklärung von Cocoyoc. Zitiert nach BMZ (Hrsg.): Entwicklungspolitik. Materialien Nr. 49. Bonn 1975, S. 4

Die Erklärung von Cocoyoc von 1974, die von einer Gruppe von Wissenschaftlern bei einer Tagung der Vereinten Nationen über Rohstoffnutzung, Umweltschutz und Entwicklung verabschiedet wurde, stellte die bisherige Entwicklungspolitik gleichsam vom „Kopf auf die Füße“. Das darin geforderte Leitziel „Befriedigung der Grundbedürfnisse“ wurde in der Folgezeit von vielen Regierungen, so auch von der Bundesrepublik Deutschland und von internationalen Organisationen zum Programm erhoben.

Kritik an der Grundbedürfnisstrategie

„Von vielen Regierungen der Entwicklungsländer wurde die Betonung des Grundbedürfniskonzepts in den entwicklungspolitischen Strategieentwürfen internationaler Organisationen skeptisch bis ablehnend beurteilt, da sie darin einen Versuch der westlichen Industrieländer erblickten, von den Forderungen nach einer Neuen Weltwirtschaftsordnung abzulenken und die eigenen Programme der Industrialisierung zu behindern. Seit Mitte der 1980er Jahre haben wichtige Geberländer und multilaterale Mittlerorganisationen grundbedürfnisorientierte Strategien wieder aufgegeben zugunsten des Rekurses [der Wiederaufnahme] wachstumsorientierter Entwicklungskonzepte.“

Nach ebenda, S. 287–288

Elementare Lebensziele und Grundbedürfnisorientierte Güter

Hierarchie elementarer Lebensziele	Komponenten eines grundbedürfnisorientierten Güterbündels
Überleben bei Befriedigung materieller und immaterieller Grundbedürfnisse	↑
Produktives Überleben	
Fortdauerndes Überleben	
Bloßes Überleben	
	Güter, die die Teilhabe an „durchschnittlichen“ Konsumgewohnheiten ermöglichen Partizipation an Entscheidungen, die die eigenen Lebens- und Arbeitsbedingungen betreffen Zugang zu Produktionsmitteln (insbesondere Land) Funktionale Basiserziehung Zusätzliche Nahrungsmittel Schutz gegen schwächende Krankheiten Hinreichende Wohnungen Schutz gegen tödliche Krankheiten Nahrungsmittel, Trinkwasser (physiologischer Minimalinput)

Dieter Nohlen (Hrsg.): Lexikon Dritte Welt. Reinbeck: Rowohlt 1994, S. 288

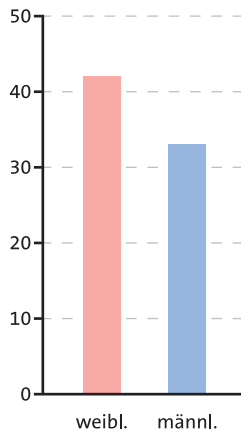
Trotz der Kritik bleibt die → **Grundbedürfnisstrategie** ein wichtiges Instrument zur Verbesserung der Lebensverhältnisse vor allem der ärmeren Bevölkerungsschichten in den Entwicklungsländern. In der Folgezeit wurde die Strategie durch zahlreiche weitere Konzepte ergänzt, die sich mit folgenden Schlagworten umschreiben lassen: Angepasste Entwicklung, Hilfe zur Selbsthilfe, Frauenförderung.

Angepasste Entwicklung. Die unterschiedlichen individuellen Bedingungen in den verschiedenen Lebensbereichen der einzelnen Länder verlangen jeweils unterschiedliche Entwicklungswege. → **Angepasste Entwicklung** heißt demnach: Anpassung an die konkreten Bedingungen und Möglichkeiten vor Ort. Was „angepasst“ bedeutet, lässt sich nicht generell formulieren, sondern nur am konkreten Fall festmachen. So versteht man z.B. unter Angepasster Technologie eine speziell auf die Bedürfnisse und Möglichkeiten der Entwicklungsländer abgestimmte Technologie. Sie geht davon aus, dass die Technologie der Industrieländer vielfach zu kostspielig ist und nur wenige Arbeitsplätze schafft. In den Entwicklungsländern fehlt jedoch in der Regel Kapital und zumeist auch das technische Know-how, während Arbeitskräfte im Übermaß vorhanden sind. Deswegen sollen solche Produktionsmittel eingesetzt werden, die geringe Kosten verursachen und mit denen sich einfache Güter arbeitsintensiv herstellen lassen. **Hilfe zur Selbsthilfe.** Eine erfolgreiche Verwirklichung der Forderung nach Angepasster Entwicklung setzt voraus, dass die unmittelbar Betroffenen zu Eigenanstrengungen und zu eigenverantwortlichem Handeln motiviert werden. Sie brauchen zwar nach wie vor Unterstützung von außen. Diese Unterstützung soll sie aber nicht in die Rolle des Beschenkten versetzen, sondern Starthilfe sein, um aus eigener Anstrengung die Lage dauerhaft zu verbessern. Gerade in den Anfangsjahren der → **Entwicklungszusammenarbeit** wurde gegen dieses



Biogasanlage in einem südindischen Dorf – Beispiel einfacher Angepasster Technologie

Leitziel oft verstoßen. Man glaubte zu wissen, woran es in den Entwicklungsländern fehle und wie ihnen zu helfen sei. Da die soziokulturellen Gegebenheiten vor Ort nicht beachtet wurden, war das Scheitern meist vorprogrammiert. Eine entscheidende Voraussetzung zum Gelingen ist, dass die Zielgruppen frühzeitig und umfassend eingebunden werden, z. B. in die politischen Entscheidungsprozesse sowie die Planung und Durchführung von Projekten.



Kindersterblichkeit zur Jahrtausendwende (in ‰)

Nach World Bank 2001.

GDI (Gender-related development index):

Beim GDI handelt es sich um einen HDI, der – aufgeschlüsselt nach Frauen und Männern – die geschlechtsbedingten Ungleichheiten aufzeigt. Beim GDI werden dieselben Indices verwendet wie beim HDI.

Frauenförderung

Mängel bei der Gleichstellung der Geschlechter gibt es auch in den Industriestaaten, aber in der Regel sind Frauen in den Entwicklungsländern erheblich stärker benachteiligt. Hier tritt das Problem der „doppelten Ausbeutung“ in Wirtschaft und Haushalt besonders krass auf.

Bei der Berechnung eines geschlechtsbezogenen Entwicklungsindex (Gender-related Development Index = GDI) mit dem Zielwert 1 (bei Gleichheit zwischen den Geschlechtern) ergab sich 1999 für die 40 ärmsten Entwicklungsländer ein Wert von weniger als 0,5 bei Extremwerten von 0,260 für Niger und 0,302 für Burundi (z. Vgl. Deutschland: 0,916). Würde man die Möglichkeit der Frauen zur Teilhabe an politischen Entscheidungsprozessen zusätzlich einbeziehen, dann wäre die geschlechtsbezogene Ungleichheit noch größer.

Frauen in Entwicklungsländern

„Frauen machen 52 Prozent und damit mehr als die Hälfte der Weltbevölkerung aus, dennoch werden ihre Menschenrechte vielfach verletzt, sind sie das Opfer von Ausbeutung und Gewalt. Frauen sind das Rückgrat der Entwicklung in den Ländern des Südens und in allen Bereichen des sozialen Lebens. Sie verrichten zwei Drittel der Arbeitsstunden und erhalten indes nur ein Zehntel des Welteinkommens. Ihr Anteil am gesamten Weltvermögen beträgt nach Angaben der Vereinten Nationen genau ein Prozent.“

Nach Schätzungen der Vereinten Nationen müssten weltweit rund 100 Millionen mehr Frauen leben, als es tatsächlich der Fall ist. Etwa 50 000 Frauen werden in Indien jährlich ermordet, weil ihre Mitgift zu niedrig war, die Eltern sie nicht aufbringen konnten oder ihre Arbeitsleistung innerhalb der neuen Familie nicht ausreicht.

In Indien, wie in vielen anderen Entwicklungsländern, fällt die Frau aus der Erbfolge heraus. In weiten Teilen Afrikas muss eine Frau alles, was ihr Mann ihr hinterlässt, an die Familie weitergeben. Will ihr Mann sich von ihr trennen, fällt ihm das gesamte, gemeinsam erwirtschaftete Vermögen zu. In vielen afrikanischen Ländern besitzt die Frau kein Erbrecht an Land und Boden. Das wiegt besonders schwer, denn mehr als 80 Prozent der Nahrungsmittel, die auf diesem Kontinent angebaut werden, werden von Frauen produziert. Mit dem Anbau und dem Verkauf der Produkte, die zur eigenen Ernährungssicherheit nicht benötigt werden, trägt die Frau die Hauptlast am Unterhalt der Familie.

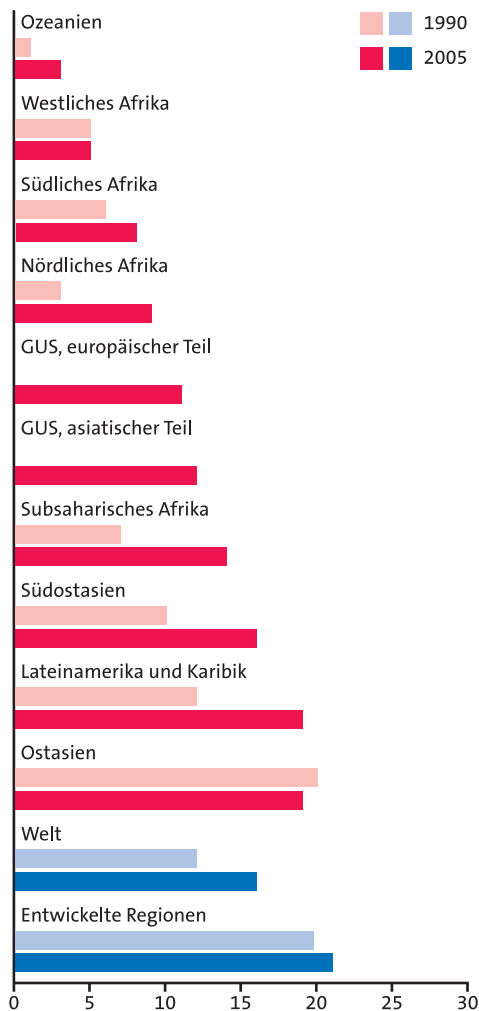
Wenngleich Frauen in diesen Ländern eine Schlüsselrolle in wirtschaftlich und sozial wichtigen Bereichen zukommt, sei es in der Landwirtschaft, in der Energie- und Wasserversorgung, in der Hauswirtschaft, Ernährung, Kindererziehung und zum Teil auch im Handwerk und Handel, so leben sie doch unter Bedingungen, die sie gegenüber den Männern stark benachteiligen.“

Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung – BMZ (Hrsg.): Frauen sind stark. Bonn o.J., S. 4f.

Alphabetisierungsrate (Erwachsene ab 15 Jahren, die lesen und schreiben können, in % der gleichaltrigen Bevölkerung, 2000)

	gesamt	männlich	weiblich
Welt	79,7	85,2	74,2
Entwickelte Länder	98,6	99,0	98,1
Entwicklungsländer	73,6	81,0	66,1
Subsahara-Afrika	60,3	68,9	52,0
Arabische Staaten	60,1	71,7	47,8
Ostasien/Pazifik	86,6	92,5	80,6
Süd- und Westasien	55,3	66,4	43,6
Lateinamerika/Karibik	88,9	89,9	87,9

Karl Engelhard: Welt im Wandel. A. a. O., S. 57



Veränderung des Anteils von Frauen in politischen Führungspositionen (in % der Parlamentssitze)

Nach: The Millennium Development Goals Reports 2005, S. 16

Fragen der Frauenförderung fanden erst relativ spät Eingang in entwicklungspolitische Konzepte. Starke Impulse gehen inzwischen vor allem von den UN-Weltfrauenkonferenzen aus, die in der Regel alle fünf Jahre durchgeführt werden. Die erste fand 1975 im „Internationalen Jahr der Frau“ in Mexiko-City statt. Als Folge der Konferenz wurde die UNIFEM (United Nations Development Fund for Women) mit dem Ziel gegründet, die Situation von Frauen in Entwicklungsländern über konkrete Investitionen und über den Gesetzesweg zu verbessern. In Deutschland wurde 1988 im → **Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit (BMZ)** ein „Referat für übersektorale Grundsatzfragen, Frauen-, Familien und Jugendfragen“ eingerichtet, und seit 1991 gibt es ein eigenständiges Referat für „Frauen, Familien- und Jugendfragen“.

Gleichstellung der Geschlechter

„Die Staats- und Regierungschefs haben sich daher in der Millenniums-Erklärung der Vereinten Nationen aus dem Jahr 2000 sowie in dem Abschlussdokument des Millennium+5-Gipfels im September 2005 dazu bekannt, dass die Gleichstellung der Geschlechter und Stärkung der Frauen nicht nur ein eigenständiges Entwicklungsziel, sondern auch Voraussetzung zur Überwindung der Armut und Erreichen aller Millenniums-Entwicklungsziele ist. Sie haben sich verpflichtet, sich gezielt und aktiv für die Stärkung der Frauen und die Gleichberechtigung von Mann und Frau einzusetzen und die bisher eingegangenen Verpflichtungen in diese Richtung einzuhalten. Diese Punkte gehören seit der Verabschiedung des Gleichberechtigungskonzepts 2001 zu den verpflichtenden, sektorübergreifenden, politik- und handlungsleitenden Prinzipien der deutschen Entwicklungszusammenarbeit.“

BMZ (Hrsg.): Medienhandbuch Entwicklungspolitik 2006/2007. Berlin 2007, S. 234–235

Internetadressen zu Fragen der Frauenförderung:

- www.unifem.org
United Nations Development Fund for Women
- www.unifem.de/de
Deutsches Komitee für UNIFEM
- www.un.org/womanwatch/daw
UN Division for the Advancement of Women
- www.frauenrat.de
Deutscher Frauenrat
- www.marie-schleiverein.de
Marie-Schlei-Verein, Hilfe für Frauen in Entwicklungsländern
- www.terre-des-femmes.de
terre des femmes, Menschenrechte für die Frau e. V.

Leitbild „Nachhaltige Entwicklung“ (seit den 1990er Jahren)

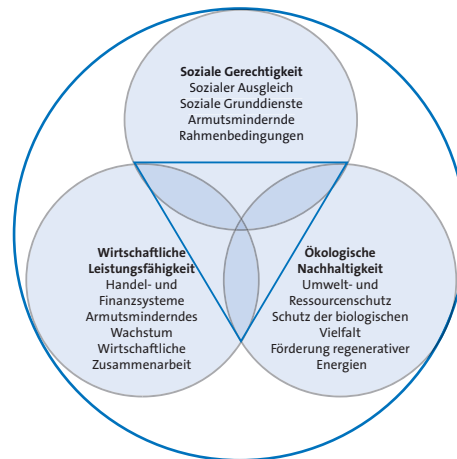
Grundsätze von Rio:

„**Grundsatz 1:** Menschen stehen im Mittelpunkt der Bemühungen um eine nachhaltige Entwicklung. Ihnen steht ein gesundes und produktives Leben im Einklang mit der Natur zu ...

Grundsatz 3: Das Recht auf Entwicklung muss so eingelöst werden, dass es gleichermaßen den Umwelt- und Entwicklungsbedürfnissen der gegenwärtigen und zukünftigen Generationen gerecht wird.

Grundsatz 4: Um nachhaltige Entwicklung zu erreichen, soll Umweltschutz ein integraler Bestandteil des Entwicklungsprozesses sein.“

Aus dem Protokoll des Erdgipfels von Rio 1992



Das Dreieck Nachhaltiger Entwicklung

Nach: Karl Engelhard: a. a. O., S. 78

Umwelt und Nachhaltige Ressourcennutzung

„Die Schädigung und Zerstörung der Umwelt und der natürlichen Ressourcen weltweit und in den Entwicklungsländern zeigen erhebliche Ausmaße und haben teilweise schon die Grenzen der Tragfähigkeit überschritten. Dabei muss der strukturelle Zusammenhang zwischen unseren eigenen wirtschaftlichen Ansprüchen und der Schädigung der Umwelt in den Entwicklungsländern erkannt werden ...

Für eine verantwortbare, das heißt nachhaltige weltweite Entwicklung müssen die Industrieländer und die Länder des Südens und Ostens ihre Wirtschaftsweise stärker nach ökologischen sowie sozial verträglichen Kriterien ausrichten.

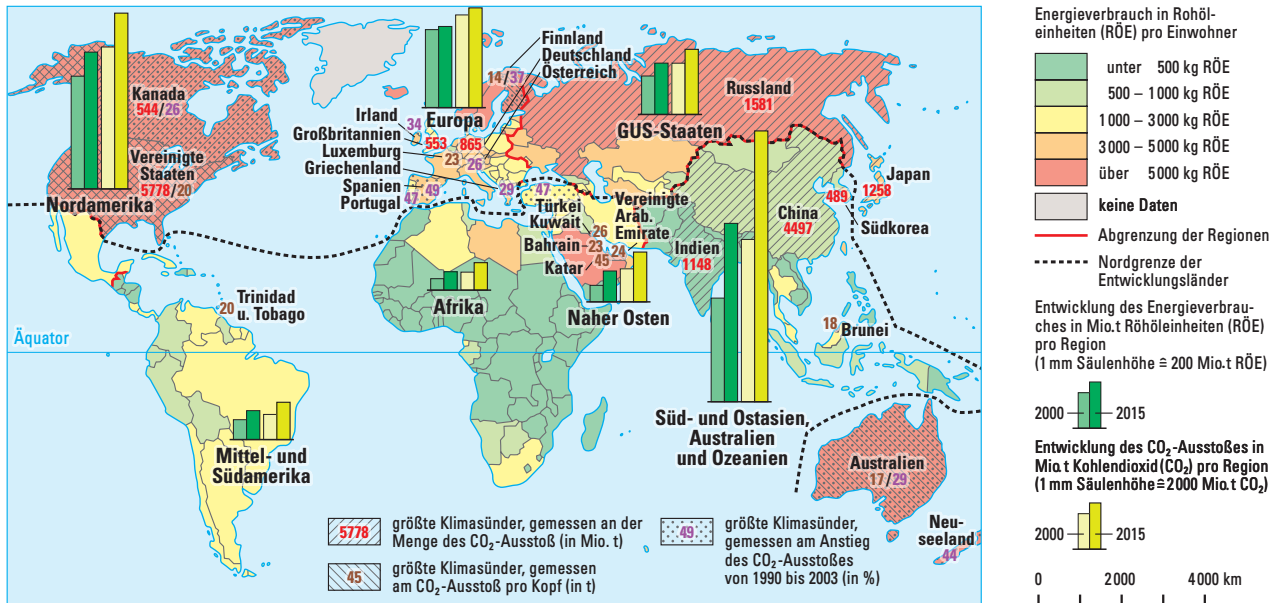
Während in den industrialisierten Staaten Umweltprobleme oft als Folge des Entwicklungsprozesses und umweltunverträglicher Produktions- und Konsummuster entstehen, sind in vielen Entwicklungsländern Armut, Bevölkerungswachstum, falsche Rahmenbedingungen, fehlendes Wissen über Alternativen die entscheidenden Faktoren für die Zerstörung der Umwelt und der natürlichen Ressourcen.“

BMZ (Hrsg.): Medienhandbuch Entwicklungspolitik 2002. Berlin 2002, S. 103–104

Das Leitbild der → **Nachhaltigen Entwicklung** fand erstmals bei der UN-Konferenz für Umwelt und Entwicklung (UNCED) 1992 in Rio de Janeiro Eingang in die praktische Entwicklungspolitik. In der → **Agenda 21**, dem in Rio vereinbarten Aktionsprogramm, haben sich die Teilnehmerstaaten verpflichtet, nationale Nachhaltigkeitsstrategien zu erarbeiten. Mit der Agenda 21 hat die Umweltpolitik einen neuen Stellenwert bekommen. Ihr liegt die Erkenntnis zugrunde, dass die Industrieländer als Mitverursacher globaler Umweltprobleme nicht mehr von der Entwicklungsdiskussion ausgeklammert werden können.

Wie die nebenstehende Abbildung zeigt, beschränkt sich der Begriff Nachhaltigkeit keineswegs auf den Umweltbereich allein. Entscheidend ist, dass die drei Zielbereiche gleichrangig und gleichzeitig verfolgt werden müssen. Dieser Prozess kann nur erfolgreich verlaufen in einem Klima politischer Stabilität – gekennzeichnet durch die Achtung der Menschenrechte, demokratische Verhältnisse und Frieden. Nachhaltigkeit wird so zu einer Querschnittsaufgabe für alle Entwicklungs- und Politikbereiche, sowohl in den Entwicklungsländern als auch in den Industrieländern. Nur wenn es gelingt, Umweltbelange nicht länger einer hoch spezialisierten Fachpolitik und -bürokratie anzuvertrauen, sondern sie zu einem integrativen Bestandteil der Gesellschaftspolitik zu machen, ist ein Durchbruch für ökologische Anliegen zu schaffen.

Die Forderung nach einer „Nachhaltigen Entwicklung“ richtet sich an Regierungen und → **Nichtregierungsorganisationen** (NGO), an gesellschaftliche Gruppierungen und Individuen – und damit an jeden Einzelnen von uns. In diesem Sinne bedeutet die Agenda 21 nicht nur den Beginn einer qualitativ neuen Entwicklungspolitik. Sie bindet vielmehr jeden Einzelnen in die globale Verantwortung ein. Damit bietet sich gleichzeitig die Chance, dass eine neue Dynamik eingang gesetzt wird, die die bisherige Entwicklungspolitik „von oben“ durch ein handelndes Miteinander von „oben“ und „unten“ ersetzt.



Energieverbrauch und CO₂-Emissionen nach Regionen

Nach: Weltbank, World Development Indicators (WDI) 2002 und UNDP, Bericht über die menschliche Entwicklung 2003

Globale Strukturpolitik gefordert

„Die Weltgemeinschaft wird die vor ihr liegenden Herausforderungen nur meistern, wenn es ihr politisch gelingt, die Risiken der Globalisierung einzudämmen und ihre Chancen für die Bewältigung der globalen sozialen und ökologischen Zukunftsaufgaben zu nutzen. Voraussetzung dafür ist nicht zuletzt, die Menschen in allen Regionen der Welt ... bei Problemlösungen zu beteiligen und ihre Interessen zu berücksichtigen. Entwicklungspolitik als globale Strukturpolitik muss deshalb dazu beitragen, dass alle Teile unserer Welt einen Platz am „globalen Verhandlungstisch“ erhalten ... [Die] globalen öffentlichen Güter (Frieden und Sicherheit, Gleichheit und Gerechtigkeit, Umwelt, Gesundheit und Kulturerbe, Zugang zu Wissen und Information, Markteffizienz), die eine ökologische, ökonomische, politische und soziale Komponente haben, müssen von der Weltgemeinschaft gesichert werden ... Leitgedanke ist der Interessenausgleich zwischen und in den Weltregionen einerseits und zwischen den jetzigen und zukünftigen Menschheitsgenerationen andererseits.“

Heidmarie Wiczorek-Zeul: Aufgaben und Ziele globaler Strukturpolitik im 21. Jahrhundert. In: Jahrbuch Dritte Welt. München: C. H. Beck 1999, S. 20ff.

„Die globalen Probleme lassen sich nur meistern, wenn die Weltgemeinschaft partnerschaftlich zusammenarbeitet. Die entwicklungspolitische Devise „global denken – lokal handeln“ hat eine gemeinsame Zielsetzung: globale Zukunftssicherheit. Auf Grund der unterschiedlichen Voraussetzungen in Industrie- und Entwicklungsländern erfordert sie jedoch unterschiedliche Beiträge.“

Karl Engelhard: Welt im Wandel. Grevenbroich/Stuttgart: OMNIA 2004. S. 132

Armutsbekämpfung – eine globale Aufgabe:

Aktionsprogramm 2015. Der Beitrag der Bundesregierung zur weltweiten Halbierung extremer Armut, BMZ-Materialien Nr. 106, auf: http://www.bmz.de/de/service/infotehek/fach/materialien/ap2015_kurz.pdf, Mai 2006

Internationale Entwicklungszusammenarbeit

Gemeinsame Grundlagen

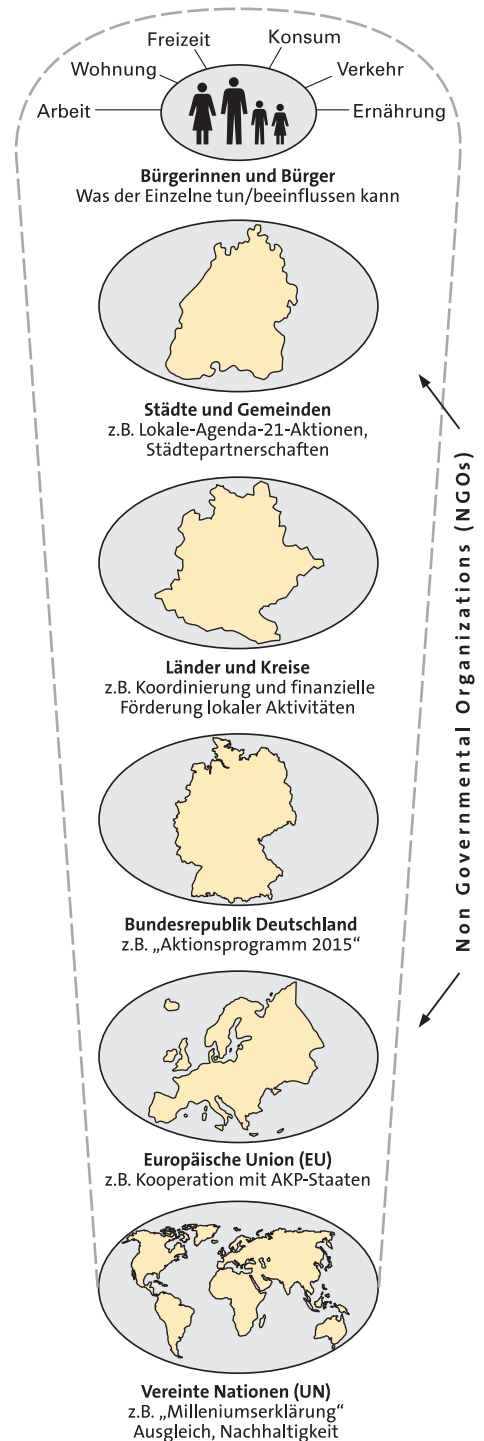
Weltweit Maßnahmen für eine ausgleichsorientierte und → **Nachhaltige Entwicklung** zu ergreifen, die Lebenschancen der Menschen aller Teilräumen der Erde zu verbessern, insbesondere die Armut zu bekämpfen, das alles ist nicht allein eine Frage der Menschlichkeit und sozialen Gerechtigkeit, sondern eine Überlebensfrage für alle Menschen auf dieser Welt. Denn wie die vorangegangenen Kapitel gezeigt haben, gefährden die Folgen von Ungleichheit und Armut, also zum Beispiel Umwelterstörung, Bevölkerungswachstum und → **Landflucht**, die Zukunft von uns allen. Unser ureigenstes Interesse und unsere Verantwortung für gegenwärtige sowie künftige Generationen zwingen uns zum Handeln.

Der Verantwortung zum Handeln kann und darf sich niemand entziehen, weder die internationale Staatengemeinschaft noch die einzelstaatlichen Regierungen und auch nicht der einzelne Bürger. Gefordert sind Industrieländer und Entwicklungsländer gleichermaßen, je nach Leistungsfähigkeit ihren Beitrag für die Schaffung menschenwürdiger Lebensbedingungen für alle Bewohner dieser „Einen Welt“ zu leisten.

Eigenverantwortung der Entwicklungsländer

„In den Entwicklungsländern geht es vorrangig darum, günstige Rahmenbedingungen für einen eigenverantwortlichen Entwicklungsweg zu schaffen... Es geht vor allem um Verbesserungen in den Bereichen Menschenrechte, Mitbestimmung, Rechtssicherheit, sozial orientierte Wirtschaftsordnung und Entwicklungsorientierung staatlichen Handelns. Benachteiligte Bevölkerungsgruppen müssen die Möglichkeit haben, sich aus eigener Kraft aus unverschuldeter Armut zu befreien. Die Bereitschaft der Entwicklungsländer, entsprechende Voraussetzungen zu schaffen, ist Vorbedingung für die [internationale] Entwicklungszusammenarbeit ...“

Karl Engelhard: a.a.O., S. 132–133



Ebenen der Verantwortung – aus der Perspektive von Deutschland

Öffentliche Entwicklungszusammenarbeit

Verwendung öffentlicher Entwicklungsleistungen: Beispiel eines Entwicklungsprojektes in Mosambik

„Das Bildungswesen in Mosambik hat große Schwächen: Zu wenige Menschen haben Zugang zu Bildung, das Bildungssystem hat Mängel und die Verwaltung ist schwach ...

Der deutsche Beitrag zur Verbesserung der Ausbildung in Mosambik setzt darum an verschiedenen Stellen an. Ziel ist, den Zugang zur Bildung für alle Kinder zu ermöglichen und gleichzeitig die Qualität der Ausbildung sicherzustellen. KfW Entwicklungsbank und GTZ arbeiten dabei sehr eng zusammen:

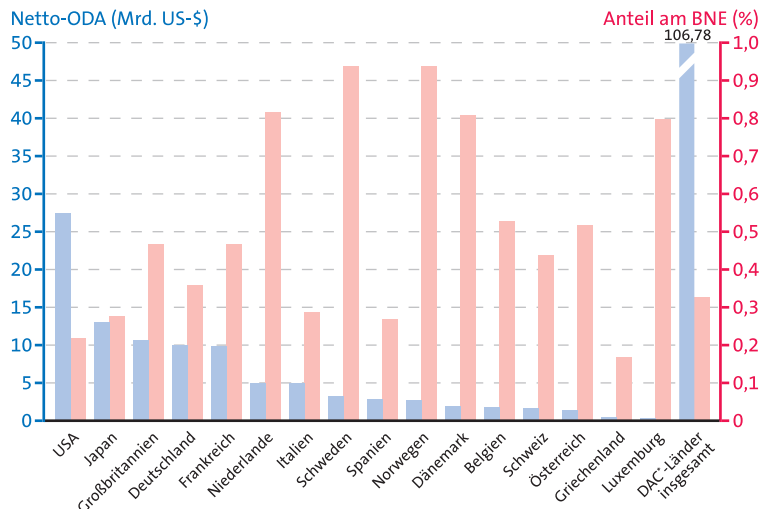
- Beteiligung an einer Korbfinanzierung zur Umsetzung des nationalen Bildungsplans zusammen mit sechs anderen Gebern ...
- Verbesserung der Lehreraus- und -weiterbildung ...
- Verstärkung der Berufsbildung und Orientierung an der Nachfrage des Privatsektors
- Verbesserung der Qualität nonformaler Grundbildungsangebote für Jugendliche und Erwachsene ohne abgeschlossene Grundbildung und Orientierung dieser Angebote am Bedarf des Arbeitsmarktes.

Grundlage aller dieser Aktivitäten ist der Strategische Bildungsplan in Mosambik. Die GTZ setzt für das Berufsbildungsprogramm acht Langzeitfachkräfte ein ... Die KfW stellt Mittel zur Finanzierung des strategischen Bildungsplans bereit und finanziert ein Schulbauprogramm in den drei Provinzen Sofala, Inhambane und Manica.

Deutscher Beitrag: 10 Millionen Euro
Geplante Laufzeit: 2006 bis 2008“.

http://www.bmz.de/de/themen/armut/projektschaufenster/berufsbildung_mosambik.html, Mai 2007

Bereits in den 1970er Jahren hatten sich die reichen Länder auf Druck der Vereinten Nationen verpflichtet, jährlich 0,7% ihres **Bruttoinlandsproduktes** (Bruttonationaleinkommens) für die Entwicklungszusammenarbeit zur Verfügung zu stellen. Von dieser Vorgabe sind die



Öffentliche Entwicklungsleistungen

*DAC: Entwicklungsausschuss der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD)
ODA = Official Development Assistance, ODA-Quote = Anteil der öffentlichen Ausgaben für Entwicklungszusammenarbeit am BNE

Nach http://www.bmz.de/de/zahlen/imDetail/Geber_im_Vergleich_2006.pdf

meisten großen Volkswirtschaften noch weit entfernt, obwohl einige Industrienationen vor dem Hintergrund der „Millenniumsziele“ in den letzten Jahren trotz erheblicher eigener wirtschaftlicher Schwierigkeiten ihre Hilfszahlungen erhöht haben. Lagen die Leistungen für internationale Entwicklungszusammenarbeit (ODA) in der Dekade ab 1990 jährlich konstant zwischen 50 und 55 Mrd. US-\$, so wurden sie für das Jahr 2005 auf 106 Mrd. US-\$ aufgestockt. Davon stammen etwa 56 Mrd. aus der EU und davon wiederum knapp 10 Mrd. aus Deutschland. Darüber hinaus hat die Europäische Union 2005 beschlossen, ihre Entwicklungsleistungen bis 2010 auf 0,56% und bis 2015 auf 0,7% zu steigern. Damit gibt es für das ursprüngliche 0,7-Prozent-Ziel erstmals einen verbindlichen Zeitplan.

Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit: www.bmz.de

GTZ: www.gtz.de (s. S. 115)

KfW: www.kfw.de

Die KfW Bankengruppe bzw. KfW (früher: Kreditanstalt für Wiederaufbau) ist ein deutsches Kreditinstitut ... Die KfW ist u. a. für die Durchführung von Förderprogrammen in Deutschland zuständig ... Ferner ist die KfW für die Durchführung der Finanziellen Zusammenarbeit (FZ) der Bundesrepublik Deutschland mit Entwicklungsländern zuständig. Sie ist dem Volumen nach das bedeutendste deutsche Instrument der bilateralen Entwicklungszusammenarbeit.

Nach Wikipedia, März 2007

- 1 Stellen Sie Ziele, Aufgaben und Maßnahmen der Entwicklungszusammenarbeit in einer Grafik dar (Mind Map, Wirkungsgefüge).
- 2 Erläutern Sie auf der Grundlage Ihrer Lösung zu Aufgabe 1 die Zielsetzungen des in Quellentext 3 dargestellten Entwicklungsprojektes.

NGOs:

„Die im Deutschen häufig verwendete Bezeichnung Nichtregierungsorganisation ist inhaltlich nicht korrekt und beruht auf einer falschen Übersetzung des englischen Ausdrucks nongovernmental organization. Der englische Begriff ‚government‘ umfasst im Gegensatz zum Begriff Regierung die gesamte Staatsgewalt, also nicht nur die Exekutive, sondern auch die Legislative und die Judikative, ... weswegen der Wortbestandteil ‚Regierung‘ irreführend ist. Die Bezeichnung ‚nicht-staatliche Organisation‘ entspricht auch der deutschen Fassung des Artikels 71 der Charta der Vereinten Nationen.“

Wikipedia: <http://de.wikipedia.org/wiki/NGOs>, Mai 2007

Beispiele (alle Mai 2007):
www.brot-fuer-die-welt.de
www.aerzte-ohne-grenzen.de
www.greenpeace.de
www2.amnesty.de
www.misereor.de
www.tdh.de
www.attac.de
www.weed-online.org
www.wfd.de
(Weltfriedensdienst)

Entwicklungszusammenarbeit der NGOs und der Privatwirtschaft

Die weitgehend von nationalstaatlichen Institutionen getragene öffentliche Entwicklungszusammenarbeit scheint – nicht zuletzt als Folge der → **Globalisierung** – an die Grenzen ihrer finanziellen und politischen Möglichkeiten zu gelangen. Immer wichtiger werden daher Beiträge von „Non-Governmental-Organizations“. Das sind Organisationen, Institutionen, Vereine oder Gruppierungen, die unabhängig von staatlichen Stellen auf freiwilliger Basis und ohne Gewinnorientierung handeln. Das Spektrum dieser NGOs reicht von örtlichen → **„Lokale-Agenda-21-Gruppen“** bis zu international tätigen Organisationen (s. Web-Adressen in der Randspalte). Dabei unterscheiden sie sich in ihren Zielsetzungen sehr stark voneinander. Die Bandbreite ihrer Motive reicht von moralischen und karitativen Aspekten bis zu systemkritischen oder gar systemverändernden Ansätzen.

In ihren Aktivitäten können sie zwar weder supranationale Organisationen wie die Vereinten Nationen oder die → **WTO** noch den Nationalstaat mit seinem demokratisch legitimierten Mandat ersetzen, aber sie können auf der lokalen, regionalen, nationalen und internationalen Ebene wesentliche politische Impulse geben. Dazu gehört zum Beispiel, dass durch öffentlichkeitswirksame Proteste Fehlentwicklungen angeprangert werden, um so die Politik unter Druck zu setzen. Auch können – weitgehend frei von bürokratischen Zwängen – in Zusammenarbeit mit engagierten Bürgerinnen und Bürgern kreative Lösungsvorschläge ausgearbeitet werden. Die Bürger- und Basisnähe bewirkt Solidarisierungseffekte, die z. B. bei Spendenaufrufen zum Tragen kommen.

Auch die Privatwirtschaft erfüllt wesentliche entwicklungspolitische Aufgaben. So arbeiten z. B. im Rahmen von Public Private-Partnership-Maßnahmen Unternehmen aus Industrie- und Entwicklungsländern – häufig durch staatliche Beratung und Zuschüsse unterstützt – zusammen.

Beispiel eines Public Private Partnership-Projektes

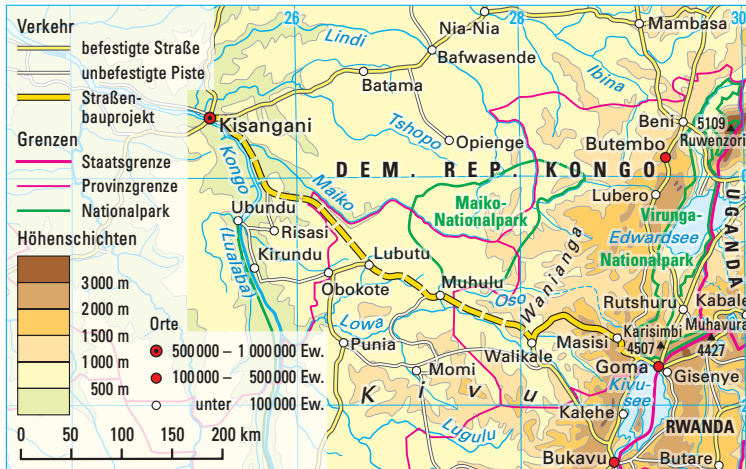
Abaca-Fasern ersetzen Glasfasern im Unterbodenschutz der A-Klasse

„Auf der philippinischen Insel Leyte arbeitet DaimlerChrysler seit Januar 2004 in einem öffentlich-privaten Gemeinschaftsprojekt („Public Private Partnership“, PPP) mit der Deutschen Investitions- und Entwicklungsgesellschaft (DEG) und der Universität Hohenheim zusammen. Ziel ist es, die Abacastaude nachhaltig anzubauen und gleichzeitig die Produktionsprozesse der Abacafaser zu optimieren.

Mit der Abaca-Faser wird seit September 2004 in der Ersatzradmuldenabdeckung des Mercedes-Benz A-Klasse Coupé erstmals eine Naturfaser im Außenbereich eines Personenwagens eingesetzt. Dabei zeichnet sich die Hochleistungsfaser durch eine sehr gute Öko-Bilanz und hervorragende technische Eigenschaften, die der Glasfaser ähnlich sind, aus. Die Herstellung der Glasfaser ist sehr energieintensiv, und durch die Abaca-Faser kann bis zu 60 Prozent Energie gespart und somit die Emission von CO₂ deutlich verringert werden.“

<http://www.daimlerchrysler.com/dccom/0,0-5-7153-49-509614-1-0-0-0-0-243-7145-0-0-0-0-0-1,00.html>, Mai 2007

Beispiel eines NGO-Projektes



Östlicher Teil der D. R. Kongo – Verkehrsverhältnisse und Projektstandort

„Straße des Friedens“

„Die natürlichen Bedingungen für Landwirtschaft in Nord Kivu [in der D.R. Kongo] sind gut. Die Böden sind fruchtbar, es regnet häufig – ideale Voraussetzungen für den Anbau von Weizen, Mais, Maniok, Kartoffeln, Bohnen und verschiedenen Gemüsearten. Aber das Problem ist die Infrastruktur: Denn die Straßen, Schulen und Krankenstationen ... sind [durch den Bürgerkrieg] zerstört. Doch das ändert sich: Seit fünf Jahren unterstützt die Welthungerhilfe örtliche Komitees dabei, wichtige Landstraßen wieder instand zu setzen. Damit soll das krisengeschüttelte Gebiet wieder belebt werden. Zahlreiche Familien, die während kriegerischer Auseinandersetzungen vertrieben wurden, kehrten bereits zurück. Etwa 175 Kilometer des Straßenabschnittes westlich von Goma wurden trassiert und sind heute schon wieder nutzbar – zur Freude der Bevölkerung. Im Volksmund heißt die neue Verbindung „Straße des Friedens“. Jetzt können die Bauern auf den neu hergerichteten Straßen ihre Ernten zum Verkauf auf die lokalen Märkte bringen ... Schon kurz nach

Beginn des Projektes ... verdreifachten sich die Lebensmittellieferungen aus den bereits erschlossenen Gebieten in Richtung Goma. Die Einkommen der Kleinbauern sind gestiegen. Auch Schulen und Krankenstationen wurden gebaut. Außerdem wurden Dorfkomitees gebildet. Sie sind für die Instandhaltung der Straßen und Wege zuständig ... Bei den Straßenbauarbeiten ist der Einsatz der Menschen wichtig: Sie stellen aus örtlich verfügbaren Materialien Zementsteine in Handarbeit her. Auch sonst wird hauptsächlich Handarbeit geleistet, um so vielen Menschen wie möglich Arbeit zu geben. Schweres Gerät anstelle von Hacken und Schaufeln wird nur eingesetzt, wenn es unbedingt nötig ist. In den kommenden Jahren will die Deutsche Welthungerhilfe dabei helfen, weitere Straßenkilometer im Kongo fertig zu stellen. Unterstützen Sie dieses Projekt: Mit 20 Euro können Sie fünf Straßenbauarbeiter mit Arbeitsgeräten ausstatten.“

Deutsche Welthungerhilfe (Hrsg.): Spendermagazin 2/06. Bonn, S. 12–13

www.welthungerhilfe.de
spenden@welthungerhilfe.de
 de